

ARBEITSVORLAGE

Drucksachennummer:

Amt / Abteilung	Sachbearbeiter/in	Telefon	Datum
Kämmereileitung	Bauer, Helen	9745-25	03.02.2022
Registraturnummer	023.1; 022.3; 700.31	Seiten 11	Anlagen 4
Beratung / Beschlussfassung	Status	Sitzung	Top
Verwaltungsausschuss	öffentlich	15.02.2022	3
Gemeinderat	öffentlich	22.02.2022	6

VERHANDLUNGSGEGENSTAND

Vorberatung: 15.02.2022

Beschlussfassung: 22.02.2022

Anlagen Nr. 1 - 4 können der Vorlage zur Vorberatung im VA am 15.02.2022 entnommen werden

Gesplittete Abwassergebühr

- Kalkulation der Schmutz- und Abwassergebühren für den Bemessungszeitraum 01.01.2022 - 31.12.2023

- 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwasser-satzung - AbwS) der Gemeinde Ingersheim vom 25.09.2012

I. Beschlussvorschlag

1. Der Gebührenkalkulation der Stadtwerke Bietigheim-Bissingen GmbH vom 04.02.2022 wird zugestimmt. Sie hat dem Gemeinderat bei der Beschlussfassung über die Gebührensätze vorgelegen. Die Gemeinde erhebt Gebühren für ihre öffentliche Einrichtung Abwasserbeseitigung und wählt als Gebührenmaßstab den gesplitteten Maßstab, bei dem die Kosten nach Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung aufgeteilt werden. Der Schmutzwasseranteil wird nach dem Frischwassermaßstab bemessen. Der Niederschlagswasseranteil wird nach den angeschlossenen überbauten und darüber hinaus befestigten Flächen berücksichtigt.
2. Den vorgeschlagenen Kalkulationszeitraum der Gebührenkalkulation vom 01.01.2022 bis 31.12.2023 wird zugestimmt.

3. Den in der Gebührenkalkulation enthaltenen Abschreibungssätzen, Zinssätzen, der Abschreibungs- und Verzinsungsmethode sowie den weiteren Ermessensentscheidungen (vgl. Erläuterungen Ziff. 13) wird ausdrücklich zugestimmt.
4. Der Straßenentwässerungsanteil wird, nach den Prozentsätzen, wie in der Gebührenkalkulation (Anlage 2) dargestellt berücksichtigt.
5. Die Kosten der Abwasserbeseitigung werden, nach den Prozentsätzen, wie in der Gebührenkalkulation (Anlage 2) dargestellt, berücksichtigt.
6. Im Schmutzwasserbereich ergab sich im Bemessungszeitraum 2017-2018 eine Kostenunterdeckung in Höhe von -24.732,96 €. Der Gemeinderat beschließt, die Unterdeckung aus 2017-2018 in den Bemessungszeitraum 2022-2023 der Schmutzwassergebühr einzustellen und somit vollständig auszugleichen.
7. Im Niederschlagswasserbereich ergab sich im Bemessungszeitraum 2017-2018 eine ausgleichspflichtige Kostenüberdeckung in Höhe von 19.868,36 €. Der Gemeinderat beschließt, die Überdeckung aus 2017-2018 in den Bemessungszeitraum 2022-2023 der Niederschlagswassergebühr einzustellen und somit vollständig auszugleichen.
8. Auf der Grundlage der vorliegenden Gebührenkalkulation werden die Abwassergebühren für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2023 wie folgt festgesetzt:

Schmutzwassergebühr	1,69 €/m ³
Niederschlagswassergebühr	0,57 €/m ²
9. Der Gemeinderat beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) der Gemeinde Ingersheim vom 25.09.2012 wie in Anlage 1 dargestellt.

II. Zusammenfassung

Die Verwaltung schlägt eine Anpassung der Schmutz- und Niederschlagswassergebühr und damit verbunden eine Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) der Gemeinde Ingersheim vom 25.09.2012 vor.

III. Finanzielle Auswirkungen

Durch die Gebührenkalkulation werden die Schmutz- und Niederschlagswassergebühren der Gemeinde Ingersheim so angepasst, dass in den Vorjahren entstandene Kostenüber- und Kostenunterdeckungen ausgeglichen werden.

IV. Sachdarstellung und Begründung:

Die Gemeinde Ingersheim erteilte den Stadtwerke Bietigheim-Bissingen GmbH den Auftrag, eine Gebührenkalkulation für die zentrale Abwasserbeseitigung nach einem gesplitteten Gebührenmaßstab für die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung zu erstellen. Die Gebührenkalkulation soll den Bemessungszeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2023 umfassen.

1. Rechtsgrundlagen

Die vorliegende Gebührenkalkulation beruht auf den §§ 13, 14 und 17 Kommunalabgabengesetz (KAG). Danach können die Gemeinden für die Benutzung ihrer öffentlichen Einrichtungen Benutzungsgebühren erheben.

Über die Höhe des Gebührensatzes hat der Gemeinderat als zuständiges Rechtsetzungsorgan innerhalb der gesetzlichen Schranken nach pflichtgemäßem Ermessen zu beschließen. Voraussetzung für eine sachgerechte Ermessensausübung ist eine Gebührenkalkulation, aus der die kostendeckende Gebührensatzobergrenze hervorgeht. Die Gebühren dürfen dabei höchstens so bemessen werden, dass die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten der Einrichtung gedeckt werden (Kostenobergrenze). Hierzu gehören die Kosten für den laufenden Betrieb sowie eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals und Abschreibungen.

Seit dem 01.01.2010 erhebt die Gemeinde Ingersheim die Abwassergebühren nach dem gesplitteten Gebührenmaßstab, also getrennt nach Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung.

2. Öffentliche Einrichtung

Gemäß § 1 Abs. 1 der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) der Gemeinde Ingersheim handelt es sich bei der zentralen Abwasserbeseitigung um eine öffentliche Einrichtung.

3. Vorgehensweise

3.1. Kostenermittlung

Bei der Ermittlung der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten wurden die Vorgaben des Ergebnishaushalt 2022 mit Finanzplanung zugrunde gelegt und die zu erwartende Entwicklung für den Kalkulationszeitraum mit der Verwaltung abgestimmt. Für die Entwicklung der Betriebskosten wurden Ansätze von der Verwaltung mitgeteilt.

Für die Ermittlung der ansatzfähigen kalkulatorischen Kosten wurden die Anlagenachweise 2017 sowie die Vorausschau für die Jahre 2018 bis 2023 zugrunde gelegt, die im Bemessungszeitraum vollständig abgeschriebenen bzw. aufgelösten Investitionen und Zuschüsse abgezogen.

gen und anhand der voraussichtlichen Zugänge laut Finanzplanung bis zum Ende des Berechnungszeitraums weiterberechnet.

3.2 Divisionskalkulation

Die so ermittelten Kosten werden durch die geschätzten Leistungseinheiten der Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung geteilt, um die Gebührensatzobergrenze zu ermitteln.

Schema Schmutzwassergebühr:

$$\begin{array}{l} \text{Gebührensatzobergrenze} \\ \text{Schmutzwassergebühr} \end{array} = \frac{\text{voraussichtliche gebührenfähige} \\ \text{Kosten Schmutzwasserbeseitigung}}{\text{voraussichtliche Schmutzwassermenge}}$$

Schema Niederschlagswassergebühr:

$$\begin{array}{l} \text{Gebührensatzobergrenze} \\ \text{Niederschlagswassergebühr} \end{array} = \frac{\text{voraussichtliche gebührenfähige} \\ \text{Kosten Niederschlagswasserbeseitigung}}{\text{voraussichtliche überbaute und darüber hinaus be-} \\ \text{festigte (versiegelte) Fläche}}$$

4. Abschreibungen

Mit den "angemessenen Abschreibungen" soll die tatsächliche Abnutzung betriebsnotwendiger Anlagen durch den Gebrauch wertmäßig erfasst und als Kosten auf die einzelnen Jahre der mutmaßlichen Nutzungsdauer aufgeteilt werden. Nach § 14 Abs. 3 KAG dürfen die Kosten nur mit ihrem Anschaffungs- oder Herstellungswert in die Gebührenkalkulation aufgenommen werden. § 14 Abs. 3 Satz 4 KAG gestattet mit der Brutto- oder Nettomethode wahlweise zwei Abschreibungsverfahren.

Entsprechend der bisherigen Vorgehensweise werden die Anlagen im Abwasserbereich nach dem Bruttoverfahren abgeschrieben. Das heißt, dass Beiträge, Zuweisungen und Zuschüsse Dritter als Ertragszuschüsse passiviert und jährlich mit einem durchschnittlichen Auflösungsatz aufgelöst werden.

Die Abschreibungen und Auflösungen für bestehendes Anlagevermögen wurden in entsprechend einer über den Kalkulationszeitraum erstellten Vorausschau übernommen.

Die Abschreibungs- und Auflösungsätze für die Zugänge im Anlagevermögen wurden mit Durchschnittswerten angesetzt. Die Gemeinde schreibt ihr Anlagevermögen monatsgenau ab.

5. Verzinsung des Anlagekapitals:

Den Kapitalzinsen wird das um Beiträge, Zuweisungen und Zuschüsse gekürzte Anlagekapital zugrunde gelegt. Dieses wiederum ergibt sich aus den um die Abschreibungen gekürzten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuzüglich der Anschaffungskosten der Grundstücke (§ 14 Abs. 3 Satz 2 KAG).

In der Gemeinde Ingersheim beträgt der Satz für die Anlagekapitalverzinsung 2,0 %. Er wird als Mittelwert zwischen Fremdkapitalverzinsung und Eigenkapitalzins angewendet.

Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, zwischen der Restwertmethode und der Durchschnittswertmethode auszuwählen. Die Gemeinde verzinst ihr Anlagekapital schon immer der Restwertmethode. Als Zinsbasis dient der Restbuchwert zum Jahresende.

6. Beteiligung

Die Gemeinde Ingersheim ist an der Kläranlage Nesselwörth in Bietigheim-Bissingen beteiligt. Das gesamte Abwasser der Gemeinde wird in dieser Sammelkläranlage gereinigt. Die Stadt Bietigheim-Bissingen ist für Unterhalt und Betrieb der Sammelkläranlage und der Hauptsammler innerhalb des Markungsgebiets zuständig.

In der Gebührenkalkulation sind die auf die Gemeinde entfallenden anteiligen Kosten (kalkulatorische Kosten und Betriebskosten) zu berücksichtigen. Die Finanzierung der Anlagen erfolgt auf Basis des § 3 des Vertrages vom 15.09.2009 ("Vertrag zwischen der Stadtwerke Bietigheim-Bissingen GmbH und ... der Gemeinde Ingersheim ..."). Danach beträgt der Anteil der Herstellungskosten für die Gemeinde Ingersheim 5,36 %. Die von der Gemeinde zu tragenden investiven Kostenanteile sind im Anlagenachweis der Gemeinde aktiviert. Der Anteil von 5,36 % gilt ebenfalls für die Zukunftsinvestitionen.

Für die Deckung der Betriebskosten wird von den Stadtwerken eine Betriebskostenumlage erhoben. Sie enthält die Kosten der laufenden Unterhaltung (ohne Abschreibungen und Zinsen). Die investiven Kostenanteile, welche mit der Betriebskostenumlage erhoben werden, hat die Gemeinde in ihrem Anlagenachweis aktiviert. Sie werden aus der Betriebskostenumlage herausgerechnet. Die Berechnung der Anteile erfolgt gemäß § 5 des bereits genannten Vertrages vom 15.09.2009 und richtet sich nach der eingeleiteten Abwassermenge der Gemeinden.

7. Straßenentwässerungsanteil

In § 17 Abs. 3 KAG wird bestimmt, dass der Straßenentwässerungsanteil durch eine Absetzung auf der Kostenseite berücksichtigt werden muss.

Aus den **kalkulatorischen Kosten** ist der Abzug des Straßenentwässerungsanteils so vorzunehmen, wie dies im Bereich der Beitragskalkulation praktiziert wird.

Der Anteil der Straßenentwässerung im Mischsystem wurde entsprechend der vorliegenden ortsspezifischen, kostenorientierten Berechnung mit 25 % übernommen (entsprechend der bisherigen Kalkulation). Eine Überarbeitung der Berechnung ist aus diesem Grund nicht erforderlich.

Für die Anteile an den Zuleitungssammlern (Mischwasser) und an den Regenüberlaufbecken (Mischwasser) wurde dieser Abzugssatz von 25 % aus den kalkulatorischen Kosten übertragen.

Bei einem Trennsystem werden aus den Kosten der Regenwasserkanäle für die Straßenentwässerung 50 % abgesetzt (BVerwG Urteil vom 09.12.1983 sowie vom 18.07.1985).

Entsprechend der Vorgehensweise in der Globalberechnung wird aus den reinen Kläranlagenkosten ein Satz von 5% für die Straßenentwässerung in Abzug gebracht (VGH Mannheim, Urteil vom 02.10. 1986 und andere).

Hausanschlüsse – Grundstücksanschlüsse Abwasserbeseitigung

Die Grundstücksanschlüsse (Hausanschlüsse, die in öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen verlaufen) sind Teil der öffentlichen Einrichtung (siehe § 2 Abs. 2 Abwassersatzung) und werden über Kostenersätze finanziert (siehe § 13 Abs. 1 a Abwassersatzung).

Im Bereich der **Betriebskosten** besteht grundsätzlich die Möglichkeit, den Straßenentwässerungsanteil nach einer kostenorientierten- oder einer abflussmengenorientierten Methode zu ermitteln. In der Gemeinde Ingersheim wird der Straßenentwässerungsanteil aus Betriebskosten nach der abflussmengenorientierten Methode berechnet.

Hier gibt der Gemeindetag mit der abflussmengenorientierten Musterberechnung der Vedewa für den Straßenentwässerungsanteil als repräsentativen Wert einen Prozentsatz von 13,5% für die Kosten der Kanalisation, der Zuleitungssammler und der Regenbecken sowie einen Prozentsatz von 1,2% für die Kläranlagen an. Diese Sätze werden ebenfalls als repräsentativ für die Gemeinde erachtet und daher für die vorliegende Kalkulation übernommen.

Bei einem Trennsystem lässt sich für die Kosten der Regenwasserkanäle ein Prozentsatz von 27,0% ableiten.

8. Kostenaufteilung Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung

Für die Berechnung der Schmutz- und Niederschlagswassergebühren ist eine Aufteilung der Kosten erforderlich. Hierfür können mittlere Erfahrungswerte nach einer Veröffentlichung des Gemeindetages oder soweit vorhanden die Ergebnisse ortsspezifischer Berechnungen herangezogen werden.

Die Ermittlung der Schmutz- und Niederschlagswasserkostenanteile orientiert sich für die kalkulatorischen Kosten an der ortsspezifischen kostenorientierten Straßenentwässerungsanteilsberechnung und für die Betriebskosten an der Veröffentlichung des Gemeindetags.

8.1 Aufteilung der kalkulatorischen Kosten

Der Anteil der Straßenentwässerung an den kalkulatorischen Kosten der Mischwasserkanäle ergibt sich aus einer ortsspezifischen kostenorientierten Musterberechnung. Hier werden bereits die Kostenanteile des Grundstücksoberflächenwassers ausgewiesen. Bei dem Verteilungsverhältnis für die kalkulatorischen Kosten der Mischwasserkanäle ist somit das Verhältnis der Schmutz- und Grundstücksoberflächenwasserkostenanteile anzusetzen:

	Schmutzwasser		Grundstücksoberflächenwasser	
Gebiet Hausgärten – Brühl	184.206,24 DEM	63,4%	106.11 6,04 DEM	36,6 %
Gebiet Gröninger Weg – Ost	136.193,84 DEM	47,1%	153.126,98 DEM	52,9%
Gebiet Schlossäcker	257.823,05 DEM	60,0%	171.656,68 DEM	40,0%
Mittelwert		56,9%		43,1%

Das Verteilungsverhältnis für die Mischwasserkanäle beträgt somit 56,9 % für die Schmutzwasserbeseitigung zu 43,1 % für die Niederschlagswasserbeseitigung. Es wird auch auf die kalkulatorischen Kosten der Zuleitungssammler und der Regenüberlaufbecken übertragen.

Die kalkulatorischen Kosten der Schmutzwasserkanäle werden zu 100% der Schmutzwasserbeseitigung, die kalkulatorischen Kosten der Regenwasserkanäle zu 100 % der Niederschlagswasserbeseitigung zugerechnet. Hier wird jeweils ausschließlich Schmutzwasser beziehungsweise Niederschlagswasser abgeleitet.

Das Verteilungsverhältnis für Kläranlagen beträgt nach der Veröffentlichung des Gemeindetags 90% für die Schmutzwasserbeseitigung zu 10% für die Niederschlagswasserbeseitigung.

8.2 Aufteilung der Betriebskosten

Bezüglich der Betriebskosten ergibt sich nach der Veröffentlichung des Gemeindetags für die Mischwasserkanäle eine Aufteilung der Betriebskosten nach dem Verteilungsverhältnis von 50% für die Schmutzwasserbeseitigung zu 50 % für die Niederschlagswasserbeseitigung. Es wird auch auf die Betriebskosten der Zuleitungssammler und der Regenbecken übertragen.

Die Betriebskosten der Schmutzwasserkanäle werden zu 100% der Schmutzwasserbeseitigung, die Betriebskosten der Regenwasserkanäle zu 100% der Niederschlagswasserbeseitigung zugerechnet. Hier wird ausschließlich Schmutzwasser beziehungsweise Niederschlagswasser abgeleitet.

Das Verteilungsverhältnis für die Betriebskosten der Kläranlage beträgt 90 % für die Schmutzwasserbeseitigung und 10% für die Niederschlagswasserbeseitigung.

9. Kostendeckung

Bei der Gebührenkalkulation gilt das Kostendeckungsprinzip, das heißt, dass maximal eine Kostendeckung von 100 % anzustreben ist. Ergeben sich am Ende eines Bemessungszeitraumes Kostenüberdeckungen, so hat die Gemeinde gemäß § 14 Abs. 2 Satz 2 KAG die Pflicht, diese innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen. Ergeben sich am Ende eines Bemessungszeitraumes Kostenunterdeckungen, so hat die Gemeinde die Möglichkeit, diese innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen; hierzu ist sie aber nicht verpflichtet.

Im Gebührenhaushalt des Bereiches Schmutzwasser ergab sich für den Bemessungszeitraum 2017 bis 2018 eine Kostenunterdeckung in Höhe von 24.369,19 €. Diese Unterdeckung soll in voller Höhe in die Kalkulation der Schmutzwassergebühr für den Bemessungszeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2023 eingestellt und somit vollständig ausgeglichen werden.

Im Niederschlagswasserbereich ergab sich im Bemessungszeitraum 2017 bis 2018 eine ausgleichspflichtige Kostenüberdeckung in Höhe von 20.154,05 €. Diese Überdeckung soll in voller Höhe in die Kalkulation der Niederschlagswassergebühr für den Bemessungszeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2023 eingestellt und somit vollständig ausgeglichen werden.

10. Bemessungseinheiten

Für die Prognose der Bemessungseinheiten für die **Schmutzwasserbeseitigung** über den Berechnungszeitraum wurden die veranlagten Schmutzwassermenge (modifizierter Frischwassermaßstab) der Jahre 2018 bis 2020 zugrunde gelegt und die voraussichtliche zukünftige Entwicklung zugerechnet.

Bemessungsgrundlage für die **Niederschlagswasserbeseitigung** sind die an die öffentliche Abwasserbeseitigung angeschlossenen überbauten und darüber hinaus befestigten (versiegelten) Teilflächen. Diese wurden über das Befliegungsverfahren und eine anschließende Selbstauskunft der Grundstückseigentümer ermittelt. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Erhebungen sowie der laufend fortgeschriebenen Bestandsänderungen wurde die voraussichtliche zukünftige Entwicklung geschätzt.

11. Gemeindebetreff

Die Kosten für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen durch die Gemeinde selbst wurden auf der Leistungsseite mit in die Gebührenkalkulation eingestellt, da Schulen und andere öffentliche Gebäude eigene Zähler haben und somit die Leistungsmenge genau ermittelt werden konnte. Die gemeindeeigenen Flächen sind ebenfalls in den der Kalkulation zu Grunde liegenden versiegelten Flächen enthalten und damit berücksichtigt.

12. Starkverschmutzer

Eine Starkverschmutzerzuschlagsregelung in der Satzung dürfte dann geboten sein, wenn die stark verschmutzten Abwassermengen mehr als 10 % der gesamten Abwassermengen ausmachen (vgl. BVerwG Berlin 19.09.1983 und 01.08.1986).

In der Gemeinde Ingersheim gibt es keinen Betrieb, der entsprechend stark verschmutztes Abwasser einleitet. Die Notwendigkeit der Berechnung eines Starkverschmutzerzuschlags entfällt daher.

13. Ermessensentscheidungen

Bei der Gebührenkalkulation handelt es sich um ein Kontrollinstrument zur Überprüfung des Gebührensatzes als rechnerisches Endergebnis. Sie muss vom Gemeinderat bei der Beschlussfassung über die Höhe des Gebührensatzes gebilligt werden und dient als Nachweis darüber, dass der Gemeinderat das ihm bei der Kostenermittlung eingeräumte Ermessen über die Höhe des Gebührensatzes fehlerfrei ausgeübt hat.

Der Gemeinderat hat Ermessensentscheidungen in folgenden Bereichen zu treffen:

1. Auswahlmessen

- 1.1. Höhe des Gebührensatzes
- 1.2. Kalkulationszeitraum für die Gebühr (max. 5 Jahre)
- 1.3. Einstellung der gebührenfähigen Kosten
- 1.4. Berechnungsmethodik und Abzugssätze für den Straßenentwässerungsanteil
- 1.5. Berechnungsmethodik und Kostenaufteilung auf Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung
- 1.6. Höhe des kalkulatorischen Zinssatzes für die Verzinsung des Anlagekapitals
- 1.7. Methode der Mischzinskalkulation für das Anlagekapital (Restwert- oder Durchschnittswertmethode) sowie der Zinsbasis (Anfangs-, Mittel- oder Endwert)
- 1.8. Höhe der Abschreibungssätze
- 1.9. Abschreibungsmethode (Brutto- oder Nettomethode)
- 1.10. verpflichtender Ausgleich von Überdeckungen aus den Vorjahren in den folgenden fünf Haushaltsjahren
- 1.11. möglicher Ausgleich von Unterdeckungen aus den Vorjahren in den folgenden fünf Haushaltsjahren

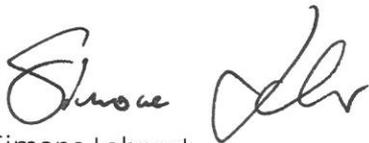
2. Prognoseermessen

- 2.1. Entwicklung der Betriebskosten
- 2.2. geschätzte Hochrechnung der kalkulatorischen Kosten anhand der Ergebnisse des Anlagenachweises vom 31.12.2017 und der Zugänge 2018 bis 2023 laut Finanzplanung
- 2.3. geschätzte Bemessungseinheiten bei den Abwassermengen und überbauten und darüber hinaus befestigten (versiegelten) Flächen

14. 4. Satzung zur Änderung der Abwassersatzung vom 25.09.2012 (Anlage 1)

Aufgrund der sich für den Kalkulationszeitraum 2022 – 2023 ändernden Gebührensätze für Schmutz- und Niederschlagswasser, muss der § 42 der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) der Gemeinde Ingersheim vom 25.09.2012 mit Wirkung zum 01.01.2022 geändert werden.

Dies erfolgt über die in Anlage 1 beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) der Gemeinde Ingersheim vom 25.09.2012.



Simone Lehnert
Bürgermeisterin